

Die Parteien - zwischen den Wahlen in der Krise?

Autor(en): Christof Wamister

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1989

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/0262ea43-fe8b-4f15-a852-af986aee7fe0>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Die Parteien – zwischen den Wahlen in der Krise?

Vor dem Hintergrund einer globalen ökologischen Krise einerseits und dynamischen weltpolitischen Veränderungen andererseits wirken die Sorgen der Basler Parteien eher belanglos. Doch auch die Parteienlandschaft dieses Stadtkantons mit zwei Landgemeinden widerspiegelt den Auflösungsprozess der Weltanschauungen angesichts neuer Szenarien. Diese Veränderungen spielen sich nicht im Reich der Ideen ab, sondern in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, deren Veränderung auch die Parteien zu spüren bekommen. Neue gesellschaftliche Kräfte und Gruppierungen treten auf, die mit dem herkömmlichen Charakter der Parteien nichts zu tun haben. In den «68er»-Jahren nannte man solche Gruppen Bürgerinitiativen. In der Schweiz mit ihren demokratischen Strukturen wurde der Begriff nicht recht heimisch, weil er zu stark nach Bundesrepublik roch. Beispiel einer erfolgreichen Bürgerinitiative ist die Gewaltfreie Aktion Kaiser-augst (GAK). Ihr Instrumentarium beschränkte sich nicht mehr auf Initiative und Referendum.

Seit dem 1. November 1986 ist in Basel eine Entwicklung zu beobachten, die sich vor allem in den Quartieren abspielt. So hat der Verein Oekostadt sehr aktive und praktisch autonome Quartierableger gebildet. Und neben den traditionellen Neutralen Quartiervereinen haben sich weitere Gruppen gebildet, die meist einen einzelnen konkreten Missstand bekämpfen wollten und dann mit der Zeit ihr Themenspektrum erweiterten. Es erstaunt in unserer Zeit nicht, dass es Umweltprobleme sind, welche den Stadtbewohner beschäftigen: Lärm und Luftverschmutzung durch den Verkehr, Verschwinden von Grünflächen, Chemieunfälle.

Solche Gruppierungen vereinigen oft Leute

mit ganz verschiedenen Weltanschauungen, die sich aber in ihrem konkreten Ziel einig sind. Dabei muss es nicht bloss immer um die Verhinderung von etwas gehen, es kann gemeinsam auch etwas geschaffen werden. Zur Durchsetzung ihrer Ziele bedienen sich diese Quartierinitiativen der Medien, aber auch der etablierten Parteien, indem zum Beispiel befreundete Parlamentarier Vorstösse einbringen. Es ist bis jetzt nicht vorgekommen, dass sich eine solche Gruppe zu einer Partei weiterentwickelt hat. Aber im Alltagsgeschehen nehmen sie den Parteien oft den Wind aus den Segeln, weil sie sich in ihrer Sache einig sind und nicht auf divergierende Meinungen Rücksicht nehmen müssen. Die grossen Parteien haben dagegen schon eine beträchtliche Tradition im Rücken, und sie wollen das ganze Spektrum der politischen Themen beackern. Bildlich gesehen sind die Parteien die Transmissionsriemen zwischen dem Volk und den Schaltebeln der politischen Macht.

Via die Parteien sollten die Stimmbürger bestimmen, wer wo was zu sagen hat; dies natürlich ganz idealtypisch gesehen. Die neuen Gruppierungen werfen den Parteien geradezu vor, dass sie den Machtproporz auch dort bestimmen, wo es ihnen eigentlich nicht mehr zusteht. So kritisierten Frauenorganisationen die Zusammensetzung der Basler Frauenkommission. Auch in die Gerichte gelangt man nur über die Parteien; ein Sachverhalt, der bis jetzt wenig Widerspruch hervorgerufen hat. Das führt geradezu zum Schluss, dass die Parteien eine stärkere Position einnehmen, als ihnen eigentlich zukommt. Denn ihre Fundamente haben Sprünge bekommen: die Mitgliederzahlen stagnieren, die Zahl der treuen Parteiwähler geht zurück, das politische Interesse ist allgemein dürftig. Alte Vorbehalte gegenüber dem politischen Betrieb und den Parteien erhalten immer wieder neue Nahrung. Und wie zu Beginn angedeutet, haben die Parteien immer mehr Mühe, eine kohärente Weltanschauung, eine politische Philosophie, nach aussen zu vertreten und glaubhaft zu machen.

Ich will versuchen, das bei einem Tour d'horizon über die Basler Parteien zum Zeit-

punkt 1989/90, somit praktisch in der Halbzeit zwischen zwei Wahlen, deutlich zu machen. Zur Sprache kommen muss dabei auch das Phänomen der neuen Parteien, der Bindeglieder zwischen etablierter Politik, Bürgerinitiativen und der Schar der schweigenden Unzufriedenen.

Die Basler Parteienlandschaft zeichnet sich durch ihre Vielfalt oder, negativ gesprochen, durch ihre Zersplitterung aus. Dennoch ist es möglich, sie bei der Betrachtung in Gruppen einzuteilen, in Anlehnung an das Vorgehen von Erich Gruner in seinem Standardwerk «Die Parteien in der Schweiz».

Zur liberalen Grossgruppe gehören die Freisinnigen und die Liberalen, die zusammen 34 von 130 Grossratsmandaten stellen. Das entspricht rund einem Viertel und zeigt auch bereits, wie in Basel die Mehrheitsverhältnisse beschaffen sind. Keine Gruppe kann etwas durchsetzen ohne die andern. Sowohl die Freisinnigen als auch die Liberalen leiden unter abnehmenden Wählerzahlen. Die Freisinnigen verloren bei den letzten Wahlen zwei Sitze, während die Liberalen ihre 15 Sitze verteidigen konnten. Es ist hier nicht der Ort, auf die historischen und soziologischen Unterschiede zwischen den beiden Parteien einzugehen. Beide Parteien stehen vor dem Dilemma von Klasseninteresse und reiner Lehre. Wie auch allgemein, decken sich gesellschaftliche Struktur und Parteizusammensetzung nicht mehr.

Im Grunde hätte Basel-Stadt zwei andere liberale Parteien nötig: eine eher rechts- und eine eher linksgerichtete. In der ersteren müssten sich die konservativ gesinnten Wirtschaftsliberalen vereinigen, in der andern diejenigen, welche den Liberalismus vielleicht sogar auf Phänomene wie autonome Kulturzentren ausdehnen möchten. Das ist natürlich eine Gehirn-Konstruktion: aber in der Tat gibt es in Basel (und in der Schweiz) keine «linksliberale» Partei. Der abgenützte Begriff «linksliberal» steht hier für eine bessere Formulierung, die nicht zur Hand war. Zu suchen wäre nach einem Liberalismus, der auch fundamentale und konservative Elemente in sich vereinigt. Sowohl bei den Freisinnigen als auch bei den Liberalen sind die Rechtsliberalen in der Mehrzahl. Das

heisst allerdings nicht, dass es nicht auch in beiden Parteien einige Leute gibt, die sich Gedanken darüber machen, was auf der Basis der liberalen Marktwirtschaft gegen die Umweltkrise getan werden könnte.

Dem oben skizzierten Linksliberalismus kommt der Landesring der Unabhängigen noch am nächsten; er hat bei den letzten Wahlen etwas an Stimmen zugelegt. Er präsentiert sich selber als grün, sozial und liberal, begibt sich damit aber in die Gefahr, allen Seiten zu viel zu versprechen. Es ist aber sicher kein Zufall, dass die beiden Grossräte der «Grünen Mitte», die seinerzeit als «gewöhnliche Mitglieder» bei der Liberalen Partei ausgetreten sind, nun bei der LdU-Fraktion mitmachen.

Die Grünen erregten bei ihrem erstmaligen Auftreten Aufsehen, enttäuschten dann aber auch durch Querelen und Spaltungen. Nominell sitzen jetzt nur fünf Grüne im Kantonsparlament. Leider ist das Links-rechts-Schema hier kein sehr taugliches Erklärungsmittel. Denn die Grünen mögen sich in der Analyse der Umweltschäden und bei den Abhilfemassnahmen einig sein, doch in allen anderen Politikbereichen entstehen Differenzen. Ehemals «bürgerliche» Grüne können sich mit Marxisten oder Trotzlisten nie einig werden. Auf schweizerischer Ebene zeichnet sich die Aufteilung zwischen Grüner Partei und Grünem Bündnis klar ab. In Basel wird noch um die Aufnahme in die Grüne Partei gerungen. Zwar haben die Grünen Alternativen mit der kleinen Sektion der GPS fusioniert. Doch auch die Grüne Mitte erhebt den Anspruch auf Mitgliedschaft bei der GPS.

Die Sozialdemokraten sind seit sechs Jahren wieder Regierungspartei, ohne deswegen schon allzu gouvernemental geworden zu sein. Zur Zeit verläuft die Diskussion in der Partei zwischen einem pragmatischen und einem ökosozialistischen Flügel. Die Pragmatiker haben schon mit dem Gedanken gespielt, mit der Demokratisch-Sozialen Partei wieder eine gemeinsame Basis zu suchen, während die «Linken» sich für die Armee-Abschaffungs-Initiative einsetzen und mit den autonomen Jugendbewegungen sympathisieren. Der Sozialismus im Sinne eines herr-

schaftsfreien Zusammenlebens erweist sich ebenso wie das freie Spiel der Kräfte als unerreichbare platonische Idee. Doch bei den Sozialisten dreht sich die Diskussion weiter um den Utopieanteil in der Politik; er ist für diese Bewegung von vitaler Bedeutung.

Das trifft auch auf die Progressiven zu, welche auf dem Weg vom Sozialismus zur Ökologie in die Krise geraten sind, wobei wohl auch Personen- und Generationsfragen eine Rolle spielen. Bei den Wahlen verloren sie drei Sitze und im Laufe der Legislaturperiode bereits einige gute Köpfe. Es wäre aber falsch, sie bereits abzuschreiben.

Etabliert hat sich die Demokratisch-Soziale Partei, der man bei der Abspaltung von der SP nicht allzuvielen Chancen gab. Das ist nicht allein das Verdienst ihres populären Regierungsrates, sondern einer pragmatischen, zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum pendelnden Politik. Neben der sozialen Sicherheit gehört auch eine kräftige Prise «Ruhe und Ordnung» zum bis jetzt erfolgreichen Rezept. Die Zukunft der DSP wird aber dennoch zum grossen Teil von ihrem Potential an Persönlichkeiten abhängen.

Das Gegenstück zur SP-DSP-Spaltung ereignete sich auf dem kommunistischen Flügel des Parteienspektrums. Bei der PdA spaltete sich die «linke» Hälfte der Partei von der Gruppe um die etablierten Funktionäre ab und erhielt prompt von der schweizerischen Partei die Anerkennung, während die alten Kämpfer ausgeschlossen wurden; mit der Folge, dass es jetzt zwei PdAs in Basel gibt. Die Neue PdA steht mit ihrer Sympathie für die Dritte Welt, für Ökologie und alternative Randgruppen in der Nähe des linken SP-Flügels und der POB, während die alte PdA so etwas wie eine kommunistische DSP darstellt.

Die CVP, ebenfalls mit stagnierenden Wählerzahlen kämpfend, gehört zum einen zum bürgerlichen Lager, zum andern betont sie ihre sozialen und christlichen Anliegen. In der Umwelt- und Verkehrspolitik ist sie grüner als ihre liberalen Partner. So wirkte sie bei der Gundeli-Demonstration gegen den Verkehrsführungsentscheid des Bundesrates mit, während sich LDP und FDP in vornehm-

mes Schweigen hüllten. In Sachen Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie kommen in der CVP aber auch stark konservative und fundamentalistische Strömungen zum Vorschein, die allerdings nicht unwidersprochen bleiben und in letzter Zeit in die Minderheit versetzt worden sind.

Auch die Vereinigung evangelischer Wähler (VEW) kämpft mit dem Problem, christliches Denken auf die Alltagspolitik zu übertragen. Sie lebt mehr vom Profil ihrer Köpfe als von einer kohärenten, ideologisch ausgerichteten Politik. Aber das ist in der heutigen Zeit kein Vorwurf mehr. Die VEW vereinigt in sich bürgerliche, ökologische und soziale Strömungen, ohne dass ihr das zur Belastung wird.

Oft mit den Bürgerlichen stimmt die Nationale Aktion, die mit zehn Sitzen im Grossen Rat vertreten ist. In «grünen» Fragen ist sich diese Fraktion der «aufrechten Schweizer» nicht immer einig. Ihren Wiederanstieg auf Wählerzahlen wie in den frühen 70er Jahren verdankt sie dem hohen Ausländeranteil in Basel und der Asylbewerberfrage. Der grosse Graben in der Flüchtlingsfrage klappt allerdings nicht zwischen der NA und den übrigen Parteien, sondern zwischen Bürgerlichen und DSP auf der einen und den Linken auf der andern Seite.

So verwirrend wie das hier gezeigte Bild sind oft auch die Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Es ist das Bild einer städtischen Gesellschaft, die doch weniger nivelliert ist, als es den Anschein macht. Verblasst ist allerdings die Kraft der Ideologien, welche früher eine Vielzahl von Leuten zu einer kohärenten Bewegung zusammenschweissten. Heute herrscht dagegen der Jahrmarkt der Ideen: «anything goes». Das hat mit Beliebigkeit und Gleichgültigkeit zu tun, aber auch mit neuer Vielfalt.

Die Basler Parteienlandschaft präsentiert sich zur Zeit als Puzzle oder Kaleidoskop. An der Oberfläche sind die neuen Strukturen noch nicht sichtbar, aber sie wachsen heran; innerhalb der Parteien – und noch viel mehr ausserhalb.